

EKBO-Regionalberatung für EU-Fördermittel zur Vernetzung in Brüssel Wie wirkt sich die aktuelle deutsche Politik in der europäischen Hauptstadt aus?

*Brüsseler Politik hat Auswirkungen auf Berlin und Brandenburg, politische Prozesse bei uns haben Auswirkungen auf die europäische Hauptstadt. Die Vertretung der Europäischen Kommission hat die **Regionalberatung für EU-Fördermittel der EKBO** eingeladen an einem von der Vertretung organisierten Vernetzungs- und Informationstreffen in Brüssel teilzunehmen.*

Bereits vor einem Jahr war eine „Delegation“ der EKBO auf Entdeckungstour im politischen und verwaltungsorganisatorischen System der belgischen Metropole gewesen:



Pressekonferenz zu den Brexit-Verhandlungen, 28.9.2017 | (c) J. Wagner

[Link zum Bericht auf foerdermittel-ekbo.de](http://foerdermittel-ekbo.de)

Auf den **Fluren der europäischen Hauptstadt** wird über die Folgen der Bundestagswahl spekuliert. So gab es die Hoffnung, die Wahl des französischen Präsidenten Emmanuel Macron und eine Wiederwahl der Regierungskoalition in Deutschland gemeinsam mit der programmatischen Rede von Jean-Claude Juncker könnte einen günstigen Wind in Richtung einer Reform des europäischen Integrationsprojektes bringen. Mit dem Ausgang der Bundestagswahl sind die Augen in Brüssel ein wenig ängstlicher auf Berlin gerichtet. Experten schätzen die Chance, dass nunmehr Vertragsänderungen in Angriff genommen werden, als eher gering ein. Dies gilt, obwohl Präsident Macron kürzlich eine visionäre Rede zur Zukunft Europas gehalten hat, die zahlreiche Projekte vorschlägt, die nur mit Vertragsänderungen realisierbar erscheinen.

Die Vernetzungs-Reise wurde **finanziert von der Vertretung der Europäischen Kommission in Berlin**. Die Regionalberatung für EU-Fördermittel der EKBO ist Mitglied im Rednerdienst TEAM EUROPE der Europäischen Kommission



Im Hinblick auf die längerfristigen Strategien der EU ist die Agenda 2030 für Nachhaltige Entwicklung von großer Bedeutung. Sie scheint einer der Ansätze zu sein, mit deren Zielen die Nachfolgestrategie der aktuellen Europa-2020-Strategie mit Leben gefüllt werden soll. Die Regionalberatung für EU-Fördermittel geht davon aus, dass ein breiterer Nachhaltigkeitsbegriff zukünftige Ansätze der EU im Bereich Umwelt- und Klimaschutz kennzeichnen wird.

Neben den innereuropäischen Debatten wird in den entsprechenden EU-Gebäuden in Brüssel weiterhin auch Entwicklungszusammenarbeit vorangetrieben. Betrachtet man beispielsweise die **EU-Afrika-Beziehungen**, gibt es nunmehr eine stärkere Achse zwischen EU und Afrikanischer Union (AU). Afrikas demographischer Trend ist die größte Herausforderung im Bereich der Beziehungen zwischen EU und AU. Regionalorganisationen und die AU sind bereits jetzt an der Grenze, Lösungen herbeizuführen. Die AU hat eine „Agenda 2063“. Die EU möchte den EU-AU-Beziehungen einen positiven „Spin“ geben: Resilienz für Staaten und Gesellschaften und – wie ein langjähriger Begleiter der Afrikapolitik der EU sagte: „Investitionen, Investitionen, Investitionen in Jobs, Jobs, Jobs“.

Auch in den EU-Afrika-Beziehungen spielt das Thema **Sicherheit** eine wichtige Rolle, derzeit die meiste Veränderung betrifft allerdings die innereuropäische Sicherheitsarchitektur. Der Sicherheitskommissar Sir Julian King ist eine Neuigkeit im Kommissionssystem. Das Schubladendenken soll durchbrochen werden. Die Tatsache der Verbindung von Innerer und Äußerer Sicherheit ist die Grundlogik des Sicherheitskonzepts.

Das „Buzzword“ in Brüssel ist Resilienz. Die Diskussion um Migration ist darüber hinaus weiter virulent. Es gibt 20 Millionen Drittstaaten-Angehörige in der EU. Der Hauptgrund für Migration in die EU ist weiterhin Familienzusammenführung. Es ist EU-weit mit höheren Anerkennungsraten im Asylbereich zu rechnen. Die Kompetenzen in diesem Bereich sind sehr begrenzt (z. B. „Bluecard“-Regelungen, es gibt einen Vorschlag der Kommission, einen Wechsel der Status-Anerkennung zuzulassen). Im Förderbereich bleibt ein Problem, dass die Vereinbarung zur Förderung von sozialen Projekten zumeist geschlossen wurden, bevor die heutigen Geflüchteten-Zahlen absehbar waren. Daher ist das Risiko in Förderprojekten zumeist bei den Trägern oder Mitgliedstaaten, wenn Förderprojekte zur Integration von Neuangekommenen eingerichtet werden.

Für kirchliche Belange ist auch die Europäische Säule sozialer Rechte relevant. Beispielsweise soll europaweit eine nicht-übertragbare Elternzeit geschaffen werden, als Minimum 4 Monate für jedes Elternzeit. Am 17. November 2017 lädt Schweden zu einem Sozialgipfel nach Göteborg ein ein, spätestens im Dezember 2017 im Europäischen Rat soll die Europäische Säule der Sozialen Rechte existieren. Eins der Themen, dass derzeit unzählige Arbeitsstunden Brüsseler Beamter in Anspruch nimmt, ist der geplante **Austritt von Großbritannien aus der Europäischen Union**. Aus Sicht der EU kann eine Aushandlung der zukünftigen Partnerschaft nur nach einer Einigung über den geordneten Austritt aus der Union erfolgen. Einer schwierigsten Punkte verspricht die „Scheidungsrechnung“ zu werden.

Aktuell abgeschlossen ist die vierte Runde der Brexit-Verhandlungen. Auf einer Pressekonferenz berichteten die Verhandlungsführer Michel Barnier und David Davies über Fortschritte, vor allem jedoch über verhärtete Fronten. Wichtige Themen waren die Rechte von EU-Bürgern in Großbritannien nach dem Austritt, die Sicherung der im Karfreitagsabkommen über den Nordirlandkonflikt erreichten Schritte zur Befriedung und die finanziellen Verpflichtungen Londons nach 40 Jahren EU-Mitgliedschaft. Davies meinte, es sei eine vitale Runde der Verhandlung gewesen. Technische Aspekte seien ebenfalls bereits besprochen worden. Davies unterstrich, Großbritannien wolle der stärkste Freund und Partner der EU bleiben. In den nächsten Wochen und Monaten soll weiter gearbeitet werden um „ausreichende Fortschritte“ (Barnier) zu erreichen.